

# Koordinationsgruppe Menschenrechtsverletzungen an Frauen (MaF)

info@amnesty-frauen.de – Facebook: @amnesty.women – Twitter: @AmnestyFrauen – Instagram: @amnestywomen

## USA

### Das Recht auf Abtreibung ist in Gefahr!

Aktion zum 8.3.2022

Das Recht auf Abtreibung ist in den Vereinigten Staaten stark bedroht. Jüngste Verbote von Schwangerschaftsabbrüchen haben den gesetzlichen Schutz des Abtreibungsrechts in den USA in Frage gestellt.

Das jüngste texanische Abtreibungsverbot ist nun in Kraft getreten; es verbietet eine Abtreibung bereits in der sechsten Schwangerschaftswoche, also bevor viele überhaupt wissen, dass sie schwanger sind. Es beinhaltet auch ein drakonisches Selbstjustizprogramm, bei dem jede\*r jede Person verklagen kann, die im Verdacht steht, einer Abtreibungswilligen zu helfen - gegen ein Kopfgeld von 10.000 USD. Andere Bundesstaaten haben bereits entsprechende Gesetzesentwürfe eingebracht. Am 1. November 2021 hat der Oberste Gerichtshof der USA den Fall des texanischen Gesetzes behandelt und ließ das Verbot zu. Seit dem 1. Dezember 2021 behandelt der Oberste Gerichtshof einen zweiten Fall im Bundesstaat Mississippi.

Die Entkriminalisierung und Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs in Ländern wie Argentinien, Irland und Mexiko in den letzten Jahren war ein großer Erfolg für die Weltgemeinschaft. Die Verbote in den USA und die Entwicklung der Gerichte, die bisher Unterstützung für diese Verbote signalisiert haben, sind ein düsteres Zeichen dafür, dass die USA ihrer Verpflichtung zum Schutz der Rechte von Schwangeren nicht nachkommen. Amnesty International fordert die Regierung weiterhin nachdrücklich auf, das Recht auf Abtreibung zu schützen. Alles andere wäre ein Versagen bei der Wahrung der Menschenrechte, einschließlich des Rechts auf Leben, Gesundheit, körperliche Autonomie und Würde.

Das Recht auf Zugang zu einem sicheren Schwangerschaftsabbruch ist ein Menschenrecht für alle Menschen, die schwanger werden können. In den USA sind Schwarze und indigene Frauen, Minderheiten angehörende Frauen und Mädchen, LGBTQIA+ Menschen und Menschen mit geringem Einkommen besonders stark von Abtreibungsverboten und der Einschränkung des Rechts auf einen sicheren Schwangerschaftsabbruch betroffen. Das Recht auf Zugang zu einem sicheren Schwangerschaftsabbruch ist eine Frage der Geschlechter-, "Rassen-" und Wirtschaftsgerechtigkeit. Der Verlust des Abtreibungsrechts ist Teil einer Kampagne, die sich auch gegen andere sexuelle und reproduktive Rechte, LGBTQIA-Rechte (insbesondere Rechte von trans\* Personen), die Rechte ethnischer Minderheiten und die Rechte der Frauen in den USA im Allgemeinen richtet. Das Recht auf Abtreibung bis zur zwölften Schwangerschaftswoche ist derzeit in den USA auf Bundesebene durch das Urteil des Obersten Gerichtshofs Roe v. Wade geschützt. Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass trotz dieses rechtlichen Schutzes viele Hindernisse für den Zugang zu einem sicheren und legalen Schwangerschaftsabbruch bestehen - insbesondere für Frauen mit geringem Einkommen, für Frauen, die ethnischen Minderheiten angehören, indigene Frauen sowie intergeschlechtliche Menschen und trans\* Personen, die einen Schwangerschaftsabbruch benötigen.

Amnesty International geht davon aus, dass der anstehende Fall aus Mississippi vor dem Obersten Gerichtshof (Dobbs\*\*) einen weiteren Schlag gegen die Abtreibungsrechte bedeuten wird und dass wir ein effektives, wenn auch nicht ausdrückliches Ende von Roe\* erleben wird. Das Recht auf Abtreibung ist in den USA hochgradig politisiert. Abtreibungsgegner\*innen haben jahrzehntelang darauf hingearbeitet, staatliche Abtreibungsverbote durchzusetzen und gleichzeitig konservativere Gerichte auf allen Ebenen zu schaffen - auch auf der höchsten Ebene des Obersten Gerichtshofs. Während die Pro Choice Bewegung (Einsatz für das Recht auf Schwangerschaftsabbruch) gegen diese Taktiken gekämpft hat, befinden wir uns nun in diesem Worst-Case-Szenario mit einem viel konservativeren Obersten Gerichtshof in dem gleich mehrere von konservativen Präsidenten ernannte Richter sitzen, die das Ziel verfolgen, Roe\* v. Wade zu kippen.

Wenn Roe\* durch das Dobbs\*\*-Urteil weiter ausgehöhlt wird, werden wir das tatsächliche Ende der sicheren und legalen Abtreibung in weiten Teilen der USA erleben. In mehreren US-Bundesstaaten gibt es Gesetze, die Abtreibung automatisch vollständig verbieten, wenn Roe\* gekippt wird. Nur 14 Staaten (von insgesamt 50) und der District of Columbia schützen das Recht auf Abtreibung per Gesetz. Das heißt, dass viel weniger Menschen Zugang zu sicheren Abtreibungen haben werden. Die Anzahl unsicherer Abtreibungen werden wahrscheinlich steigen, ebenso wie die Müttersterblichkeitsrate. Und letztlich werden mehr Menschen gezwungen, gegen ihren Willen Kinder zu bekommen.

## Koordinationsgruppe Menschenrechtsverletzungen an Frauen (MaF)

info@amnesty-frauen.de – Facebook: @amnesty.women – Twitter: @AmnestyFrauen – Instagram: @amnestywomen

Diese neue Situation wird sich unverhältnismäßig stark auf BIPOC (Black and Indigenous People of Color) auswirken. Sie wird auch eine Kaskade von Gesetzen in Gang setzen, die auf Geburtenkontrolle und die LGBTQIA-Rechte abzielen.

Ein negatives Urteil wird erwartet, aber es ist dennoch wichtig, weltweit gegen den Rückschritt der USA beim Recht auf Abtreibung zu mobilisieren. Wir müssen eine Grundlage für die Zukunft schaffen, unter anderem indem wir auf eine Gesetzgebung hinarbeiten, die das Recht auf Abtreibung garantiert.

Der Women's Health Protection Act ist ein Gesetzentwurf. Er beinhaltet die Bestimmungen von Roe\*, mit dem Schutz vom Recht auf Abtreibung bis zur zwölften Schwangerschaftswoche. Dieser Gesetzentwurf wurde von einer Kammer der US-Regierung, dem Repräsentantenhaus, in einer historischen Abstimmung im September 2021 verabschiedet. Aufgrund der Filibuster\*\*\*-Regel ist es allerdings unwahrscheinlich, dass dem Gesetz in der zweiten Kammer, dem Senat, zugestimmt wird. Trotzdem müssen wir dafür kämpfen, dass dieses Gesetz verabschiedet wird. Eine starke Unterstützung des Gesetzes könnte die Verabschiedung im nächsten Kongress erleichtern. Es ist wichtig, der Demokratischen Partei zu zeigen, dass es sich um ein Thema handelt, für das gekämpft werden muss (z.B. durch Maßnahmen des Präsidenten oder durch das Justizministerium, das Staaten mit Abtreibungsverboten verklagt, usw.).

Ein letzter Hinweis: Viele Entscheidungsträger\*innen im US-Kongress werden zwar von der weltweiten Wahrnehmung der USA beeinflusst, aber den Kongressabgeordneten geht es im Allgemeinen nur darum, ihre eigenen Wähler\*innen aus ihren jeweiligen Bundesstaaten zu gefallen. Tatsächlich kann die direkte Ansprache eines Kongressbüros aus dem Ausland von Nachteil sein. Das hat die Vergangenheit gezeigt. Deswegen werden die Unterschriften weltweit als Teil unserer direkten Lobbyarbeit durch die Mitarbeiter\*innen von AI USA übergeben.

\* **Roe:** Das Recht auf Abtreibung bis zur zwölften Schwangerschaftswoche ist derzeit in den USA auf Bundesebene durch das Urteil des Obersten Gerichtshofs Roe v. Wade geschützt.

\*\* **Dobbs:** Oberstes Gerichtshof

\*\*\* **Filibuster:** Die Filibuster-Regel im Senat gibt der Minderheitspartei die Möglichkeit, die Arbeit des Senats auf unbestimmte Zeit zu verzögern (und damit den Kongress lahmzulegen). Während diese Regel früher nur in den extremsten Fällen angewandt wurde, wird sie jetzt von der Republikanischen Partei mit erschreckender Häufigkeit eingesetzt. Zwar ist technisch gesehen immer noch eine einfache Mehrheit der 100 Senator\*innen (also 51) erforderlich, um für den Gesetzentwurf zu stimmen, aber in Wirklichkeit müssen 60 Senator\*innen zuerst abstimmen, um das Filibuster zu beenden. Der US-Senat ist aufgeteilt in 50 demokratische und 50 republikanische Vertreter\*innen, was bedeutet, dass sich 10 republikanische Senator\*innen den Demokrat\*innen anschließen müssen, um die Verschleppung zu beenden und über einen Gesetzentwurf abzustimmen.

### Quellen:

- Access to abortion is a human right  
<https://www.amnestyusa.org/abortion/>

- Women's Health Protection Act  
<https://www.amnestyusa.org/wp-content/uploads/2021/11/WHPAbill.pdf>

- U.S. Backsliding on global gains in abortion rights  
<https://www.amnestyusa.org/press-releases/us-backsliding-on-global-gains-in-abortion-rights/>

- Texas violently strips away right to abortion  
<https://www.amnestyusa.org/press-releases/texas-violently-strips-away-right-to-abortion/>